

**Stadtvertretung  
der Landeshauptstadt  
Schwerin**

**Tagesordnungspunkt**

öffentlich

nicht öffentlich

--

Datum: 04.06.2018

**Antrag  
Drucksache Nr.**

--

Antragsteller Fraktion DIE LINKE,

Bearbeiter:

Telefon: 0385/545-2957

Beratung und Beschlussfassung im

**Fachausschuss für**

- |   |   |  |
|---|---|--|
| <input type="checkbox"/> Finanzen und Rechnungsprüfung                      | <input type="checkbox"/> Hauptausschuss | <input type="checkbox"/> Stadtvertretung |
| <input type="checkbox"/> Bauen, Ordnung, Umwelt und Stadtentwicklung        |   |  |
| <input type="checkbox"/> Wirtschaftsförderung, Tourismus und Liegenschaften |   |  |
| <input type="checkbox"/> Soziales und Wohnen                                |   |  |
| <input type="checkbox"/> Kultur, Sport und Schule                           |   |  |
| <input type="checkbox"/> Verwaltungsmodernisierung und Umlandbeziehungen    |   |  |
| <input type="checkbox"/>  |   |  |

Beschluss am:

**Betreff**

**Neufassung der Straßenausbaubeitragssatzung**

**Beschlussvorschlag**

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, nach der Sommerpause einen Vorschlag für eine Neufassung der Straßenausbausatzung in folgenden Punkten vorzulegen:

- neue, betroffene Anwohner entlastende Kategorisierung der Schweriner Straßen
- Festschreibung von besseren Beteiligungsmöglichkeiten der Beitragspflichtigen

## Begründung

Die Stadtvertretung hat die Verwaltung im Juli 2017 mit der Prüfung der obigen Sachverhalte beauftragt. In der Begründung des seinerzeitigen Beschlusses wurde explizit auf die Regelungen in anderen Städten, hingewiesen. Dies gilt gleichermaßen für Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten für die beitragspflichtigen Betroffenen.

Die Verwaltung hat zwischenzeitlich ein Gutachten bei Prof. Dr. Arndt beauftragt, dass auf seinen 46 Seiten, in beiden Punkten, keinen Vergleich der Schweriner Regelungen mit denen anderer Städte vornimmt. Damit ist der seinerzeitige Prüfauftrag aus Sicht der Antragstellerin nicht erfüllt.

Die Stadtvertretung hat im vergangenen Monat darüber hinaus beschlossen, den Oberbürgermeister zum Verzicht auf die Erhebung von Ausbaubeiträgen und zu Verhandlungen mit dem Land über eine finanzielle Kompensation aufzufordern. Dieser Beschluss stellt nach breit übereinstimmender Einschätzung zwar ein wichtiges politisches Signal dar, kann nach derzeitiger Rechtslage aber voraussichtlich nicht umgesetzt werden.

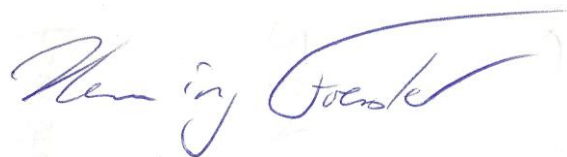
Da eine neue, andersgeartete landesrechtliche Regelung voraussichtlich nur mittel- und langfristig erreicht werden kann, soll die Verwaltung eigene Vorschläge für eine die Anwohner entlastende und ihre Beteiligungsmöglichkeiten stärkende Regelung unterbreiten.

nur auszufüllen bei haushaltswirksamen Beschlüssen

Mehrausgaben / Mindereinnahmen in der Haushaltsstelle:

Deckungsvorschlag:

Mehreinnahmen/Minderausgaben in der Haushaltsstelle:



Henning Foerster  
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE